

Deutscher Bundestag	Ausschussdrucksache 19(9)541
19. Wahlperiode	5. März 2020
Ausschuss für Wirtschaft und Energie	

## Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 18. Dezember 2019

Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung, und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz – GeolDG)

## Stellungnahme des NBG

Datum: 04.03.2020

Das Nationale Begleitgremium (NBG) hat den gesetzlichen Auftrag der vermittelnden und unabhängigen Begleitung des Verfahrens zur Ermittlung eines Standorts für ein Endlager für hoch radioaktive Abfälle mit dem Ziel der Ermöglichung von Vertrauen in diesen Prozess, der – so die Vorgabe des Gesetzgebers – partizipativ, wissenschaftsbasiert, transparent, selbsthinterfragend und lernend sein soll. Der Gesetzgeber hat erkannt, dass wissenschaftsbasierte, also insbesondere auf die Anwendung geologischer Kriterien gründende sowie transparente, also auch für die Bürger\*innen nachvollziehbare Verfahrensschritte essentiell für die Entstehung von Vertrauen sind. Das NBG räumt der Pflicht zur Transparenz und zum Aufbau von Vertrauen in die Suche nach einem Endlagerstandort höchste Priorität ein. Nur so wird es möglich sein, die Standortsuche auf eine friedliche und erfolgversprechende Weise durchzuführen. Daher hält das NBG an den verfahrensbezogenen Forderungen und Ausführungen in seiner [Stellungnahme zum Referentenentwurf des Geologiedatengesetzes vom 12.09.2019](#) an das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) sowie in seinen dazu verfassten [Empfehlungen an den Deutschen Bundestag vom 19.09.2019](#) fest.

Im Hinblick auf die durch den Regierungsentwurf vom 18.12.2019 herbeigeführten Änderungen im Vergleich zum Referentenentwurf wird zu den folgenden 5 Punkten Stellung genommen, die aus Sicht des NBG von höchster Wichtigkeit für das Gelingen des Standortauswahlverfahrens sind:

### Das NBG fordert

- 1.) Transparenz vor Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete**
- 2.) Keine 3D-Modelle ohne Transparenz, d.h. auch die geologischen Daten zu den 3D-Modellen müssen öffentlich bereitgestellt werden**
- 3.) Öffentliche Bereitstellung der geologischen Daten aus einer Hand**
- 4.) Sicherstellung einer unabhängigen Kontrolle der Anwendung und Auswertung von im Einzelfall nicht öffentlich bereit zu stellenden geologischen Daten**
- 5.) Bestmögliche finanzielle Ausstattung der geologischen Dienste**

### 1.) Transparenz vor Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete

In seiner Stellungnahme an das BMWi und den Empfehlungen an den Deutschen Bundestag hat das NBG stets betont, dass der Gesetzgeber dem Transparenzgebot des Standortauswahlgesetzes Rechnung tragen möge und im Geologiedatengesetz eine gesetzliche Grundlage dafür schaffen sollte, dass im Standortauswahlverfahren alle für die Standortauswahl relevanten, also entscheidungserheblichen geologischen Daten auf jeden Fall noch vor der Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete (voraussichtlich Ende September 2020) öffentlich bereitgestellt werden können.

a.) Der Regierungsentwurf des Geologiedatengesetzes (im Folgenden: GeolDG) sieht in den **Vorschriften der §§ 23 bis 27** unterschiedliche, der Bedeutung von möglicherweise betroffenen verfassungsrechtlichen Schutzgütern (Urheberrecht, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse) in angemessener Weise Rechnung tragende Fristen für die öffentliche Bereitstellung der in die Kategorien Nachweis-, Fach- und Bewertungsdaten eingeteilten staatlichen und nichtstaatlichen geologischen Daten vor. Nichtstaatliche Bewertungsdaten werden nach § 28 GeolDG grundsätzlich nicht öffentlich bereitgestellt. Sofern die vorgesehenen Fristen für die öffentliche Bereitstellung bei Inkrafttreten des Geologiedatengesetzes bereits verstrichen sind, gilt bei staatlichen geologischen Daten nach § 23 Abs. 3 GeolDG und bei nichtstaatlichen Fachdaten nach § 29 Abs. 2 S. 2 GeolDG eine Übergangsfrist für die öffentliche Bereitstellung von 6 Monaten ab Inkrafttreten des Gesetzes.

Um nach Inkrafttreten des Geologiedatengesetzes eine schnellstmögliche öffentliche Bereitstellung aller für die Standortauswahl relevanten, also entscheidungserheblichen Daten noch vor Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete zu gewährleisten, müssen die angegebenen Fristen als Verpflichtung im Gesetz verbleiben, d. h. sie dürfen **keine Soll-Vorschriften** werden wie in der Stellungnahme des Bundesrates vom 14. Februar 2020 empfohlen. Das NBG schließt sich der von der Bundesregierung in ihrer Gegenäußerung (s. Anlage 4 zu [Drucksache 19/17285 Deutscher Bundestag](#), S. 92) vertretenen Auffassung an, dass dieser Vorschlag abzulehnen ist.

b.) Die insbesondere im Standortauswahlverfahren zur Anwendung kommende **ergänzende Vorschrift des § 34 GeolDG** erlaubt eine Verkürzung der Frist zur öffentlichen Bereitstellung von nichtstaatlichen Fachdaten und die Möglichkeit der öffentlichen Bereitstellung von nichtstaatlichen Bewertungsdaten bei Erforderlichkeit der und überwiegend öffentlichen Interesse an der öffentlichen Bereitstellung dieser geologischen Daten im Verfahren zur Ermittlung eines Endlagerstandorts. Die Entscheidung darüber trifft nach einer Einzelfallabwägung die Vorhabenträgerin, also die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) und das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) jeweils im Rahmen ihrer Zuständigkeit.

In **§ 34 Abs. 4 S. 3 des Regierungsentwurfs** wurde der folgende Zusatz eingefügt:

*„Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Entscheidung zur öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten nach den Absätzen 1 und 2, die nach § 12 Absatz 3 Satz 2 des Standortauswahlgesetzes benötigt werden und entscheidungserheblich sind, haben keine aufschiebende Wirkung.“*

Dem öffentlichen Interesse an der zügigen öffentlichen Bereitstellung von benötigten und entscheidungserheblichen geologischen Daten wird damit grundsätzlich der Vorrang eingeräumt. Eine schnellstmögliche öffentliche Bereitstellung aller für die Standortauswahl relevanten geologischen Daten, auch der Fach- und Bewertungsdaten, ist damit in der Regel möglich.

Trotzdem kann ein Unternehmen gegen diese Entscheidung im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes vor den Verwaltungsgerichten klagen. Diese hat gute Erfolgsaussichten, wenn der/ die Kläger\*in darlegen und beweisen kann, dass sein/ ihr verfassungsrechtlich geschütztes privates Interesse im konkreten Einzelfall überwiegt.

Das war im Referentenentwurf noch nicht so und wird vom Nationalen Begleitzentrum grundsätzlich als Fortschritt in Richtung transparentes Verfahren gesehen. Mit dieser Ergänzung gibt es zumindest theoretisch die Möglichkeit, alle Daten, die für die Standortauswahl benötigt werden und entscheidungserheblich sind, zeitnah zu veröffentlichen.

**Das sollte im Gesetz auf jeden Fall beibehalten und zudem klarer formuliert werden.**

Aus der Bezugnahme in § 34 Abs. 4 S. 3 GeolDG auf geologische Daten, „die nach § 12 Absatz 3 Satz 2 des Standortauswahlgesetzes benötigt werden“ könnte gefolgert werden, dass die Regelung

nur für die 2. und 3. Phase des Standortauswahlverfahrens gelte, da § 12 Abs. 3 S. 2 Standortauswahlgesetz (StandAG) Bezug nimmt auf die „Erkundung“ und den „Standortvergleich“. Daher und auf Grund der besseren allgemeinen Verständlichkeit wird die folgende Formulierung des **§ 34 Abs. 4 S. 3 GeoIDG** empfohlen:

*„Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Entscheidung zur öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten nach den Absätzen 1 und 2, die im Standortauswahlverfahren benötigt werden und entscheidungserheblich sind, haben keine aufschiebende Wirkung.“*

Diese Formulierung würde auch auf jeden Fall die geologischen Daten erfassen, die in Phase 1 des Standortauswahlverfahrens zur Ermittlung der Teilgebiete benötigt werden, was laut Gesetzesbegründung auch beabsichtigt ist.

Eine entsprechende besser verständliche Formulierung ist zur Vermeidung von Missverständnissen **auch in § 33 Abs. 7 S. 2 GeoIDG** zu empfehlen, so dass dieser wie folgt lauten würde:

*„Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Entscheidung über die Kategorisierung von geologischen Daten, die im Standortauswahlverfahren benötigt werden und entscheidungserheblich sind, haben keine aufschiebende Wirkung.“*

## **2.) Keine 3D-Modelle ohne Transparenz**

Neu geregelt ist im Regierungsentwurf die **Vorschrift zu den 3D-Modellen**. Diese Modelle dürfen nach § 34 Abs. 4 S. 4 GeoIDG veröffentlicht werden, auch wenn sie Aufschluss über nichtstaatliche Fach- und/ oder Bewertungsdaten geben könnten. Klargestellt wurde im Regierungsentwurf, dass es für die Veröffentlichung dieser Modelle keiner vorherigen Anhörung der Betroffenen oder Information der Staatlichen Geologischen Dienste bedarf. So können die für den Standortauswahlprozess so wichtigen 3D-Modelle relativ unkompliziert veröffentlicht werden. Allerdings ist hier kritisch anzumerken, dass die den 3D-Modellen zugrundeliegenden geologischen Daten unter Umständen nicht veröffentlicht werden, d.h. dass die Nachvollziehbarkeit der Modelle also nur eingeschränkt möglich sein kann. Das NBG hat bereits in seiner Stellungnahme und seinen Empfehlungen zum Referentenentwurf des Geologiedatengesetzes darauf hingewiesen, dass es für ein transparentes Standortauswahlverfahren nicht ausreicht, den Bürger\*innen lediglich die in einem 3D-Modell fertig aufbereiteten und für die Endlagersuche interpretierten geologischen Daten zu präsentieren. Das Transparenzgebot des Standortauswahlverfahrens ist kein Selbstzweck, sondern ein hohes Gut, denn es dient dem Grundrechtsschutz der Bürger\*innen durch Verfahren. Der Staat kann seine in Art. 20a Grundgesetz (GG) festgeschriebenen Verpflichtungen nicht nur dadurch erfüllen, dass er menschliches Verhalten durch Ge- und Verbote lenkt, sondern auch dadurch, dass er Menschen Informationen über die Umwelt zur Verfügung stellt bzw. ihnen den Zugang zu den bei öffentlichen Stellen vorhandenen Informationen eröffnet. Im Laufe der Suche nach einem Endlager für insbesondere hoch radioaktive Abfälle hat sich gezeigt, dass Entscheidungen in offenen und transparenten Verfahren getroffen werden müssen, um Akzeptanz finden zu können. Entscheidungen, welche die Bürger\*innen in ihrem Grundrecht nach Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG auf Leben und körperliche Unversehrtheit betreffen können, müssen für sie nachvollziehbar auf vollständig ermittelter und sachlich zutreffend bewerteter Grundlage getroffen werden. Im Standortauswahlverfahren ist gemäß § 1 Abs. 2 S. 2 StandAG ein Endlagerstandort zu ermitteln, der die bestmögliche Sicherheit für den dauerhaften Schutz von Mensch und Umwelt vor ionisierender Strahlung und sonstigen schädlichen Wirkungen dieser Abfälle für einen Zeitraum von einer Million Jahren gewährleistet. Transparenz ist hier eine wesentliche Voraussetzung für die Nachvollziehbarkeit und Akzeptanz der Entscheidungen. Das somit auch aus verfassungsrechtlichen Gründen zu beachtende Transparenzgebot verlangt, dass die Entscheidungen im Standortauswahlverfahren für jeden nachvollziehbar sind und auf vollständig ermittelter und sachlich zutreffend bewerteter

Grundlage getroffen werden. Daher ist die öffentliche Bereitstellung aller zur Erstellung der 3D-Modelle herangezogenen geologischen Daten erforderlich.

### **3.) Bürgerfreundliche Regelung der Zuständigkeit für die öffentliche Bereitstellung von geologischen Daten**

a.) Zuständig für den Vollzug des Geologiedatengesetzes sind grundsätzlich nach § 36 Abs. 1 GeoIDG die nach Landesrecht zuständigen Behörden, in der Regel also die Staatlichen Geologischen Dienste. Diese sind mithin auch **zuständig für die öffentliche Bereitstellung der geologischen Daten nach den regulären Fristenvorschriften der §§ 23 bis 27 GeoIDG**.

Wie dies geschieht, das ist in § 19 GeoIDG geregelt. Die in elektronischer Form vorliegenden geologischen Daten werden nach den Anforderungen der §§ 5 bis 9 des Geodatenzugangsgesetzes (GeoZG) oder nach den Anforderungen der entsprechenden landesrechtlichen Regelungen für den Zugang, also grundsätzlich über elektronische Netzwerke/ Geodatendienste öffentlich bereitgestellt. Die (noch) nicht in elektronischer Form vorliegenden geologischen Daten werden am Standort der zuständigen Behörde oder am amtlichen Aufbewahrungsort zu den geschäftsüblichen Zeiten in analoger Form öffentlich bereitgestellt.

Für eine **bürgerfreundliche Ausgestaltung des Zugangs zu den in elektronischer Form vorliegenden öffentlich bereitgestellten geologischen Daten** ist die in § 9 GeoZG geregelte Verknüpfung über ein elektronisches Netzwerk und der zentrale Zugang auf der Ebene des Bundes wichtig.

b.) Die **Zuständigkeit für die erweiterte öffentliche Bereitstellung von geologischen Daten nach § 34 GeoIDG** ist in § 33 Abs. 6 GeoIDG so geregelt, dass grundsätzlich auch hier die Behörden der Länder in der Pflicht sind – es sei denn eine Rechtsvorschrift bestimmt oder die beteiligten Behörden haben sich einvernehmlich darauf geeinigt, dass die für die öffentliche Aufgabe zuständige Behörde oder Person (im Standortauswahlverfahren also die Vorhabenträgerin BGE) die öffentliche Bereitstellung nach den §§ 18 bis 32 und 34 gewährleistet. Vom Gesetzgeber nicht gewollt ist eine Zweiteilung der Zuständigkeit zur öffentlichen Bereitstellung der geologischen Daten. In der Gesetzesbegründung wird darauf hingewiesen, dass „keine unnötigen Serverkapazitäten und Doppelstrukturen aufgebaut werden“ sollen.

In der Stellungnahme des Bundesrates vom 14. Februar 2020 wird indessen genau dies vorgeschlagen: Die reguläre öffentliche Bereitstellung geologischer Daten nach den §§ 18 bis 32 GeoIDG soll durch die Staatlichen Geologischen Dienste erfolgen. Für die darüber hinausgehende (erweiterte) öffentliche Bereitstellung soll die für die öffentliche Aufgabe zuständige Behörde oder Person verantwortlich sein – es sei denn die Beteiligten haben sich einvernehmlich darauf geeinigt, dass die öffentliche Bereitstellung durch die nach Landesrecht zuständigen Behörden, also die Staatlichen Geologischen Dienste, erfolgt. Begründet wird dies damit, dass den Staatlichen Geologischen Diensten ansonsten eine zusätzliche Aufgabe übertragen würde.

Eine entsprechende Aufteilung der öffentlichen Bereitstellung von geologischen Daten im Standortauswahlverfahren wäre aber nicht anwenderfreundlich und würde die auf Grund des Transparenzgebots erforderliche Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen unnötig erschweren. Daher appelliert das NBG an alle Beteiligten, die Frage der Zuständigkeit für die öffentliche Bereitstellung von geologischen Daten so zu lösen, dass im Standortauswahlverfahren die gesetzlich vorgeschriebene bürgerfreundliche Ausgestaltung (Verknüpfung über ein elektronisches Netzwerk, zentraler Zugang auf der Ebene des Bundes) der öffentlich bereit zu stellenden elektronischen geologischen Daten gewährleistet ist.

#### **4.) Sicherstellung einer unabhängigen Kontrolle der Anwendung und Auswertung von im Einzelfall nicht öffentlich bereit zu stellenden geologischen Daten**

Für die Fälle, in denen tatsächlich ein Eilverfahren gegen eine öffentliche Bereitstellung von geologischen Daten zum Erfolg führt, folgt aus der Forderung des Gesetzgebers nach einem transparenten Standortauswahlverfahren, dass zumindest eine unabhängige Kontrolle der Anwendung und Auswertung dieser nicht öffentlich bereit zu stellenden geologischen Daten gewährleistet ist. Das NBG spricht sich in diesem Zusammenhang für die Einsetzung eines vereidigten Vertrauensgremiums oder vereidigter Vertrauenspersonen aus. Dabei sollten diejenigen, die später Vertrauen in dieses Gremium haben müssen, partizipativ und transparent mitwirken können.

Diese Forderung des NBG ist bereits sowohl in seiner Stellungnahme zum Referentenentwurf als auch in seinen Empfehlungen an den Deutschen Bundestag enthalten. Das wurde im Regierungsentwurf leider nicht aufgegriffen.

#### **5.) Finanzielle Unterstützung der geologischen Dienste**

Eine weitere Änderung, die beim Vergleich des Referenten- und des Regierungsentwurfs auffällt, ist die Erhöhung des erwarteten Aufwands zur Erfüllung des Gesetzes. An vielen Stellen ist eine Verdopplung der voraussichtlich notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen zu verzeichnen. Das Nationale Begleitgremium hat sich bisher stets für die Bereitstellung der finanziellen Mittel ausgesprochen, die erforderlich sind um die für den Prozess der öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten im Standortauswahlverfahren wichtige Digitalisierung, Kategorisierung und Prüfung von geologischen Daten bestmöglich zu unterstützen.

Referentenentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie vom 11. Juli 2019  
Gesetz zur amtlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung,  
öffentlichen Bereitstellung und Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öf-  
fentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz – GeolDG)

### **Empfehlungen des NBG an den Deutschen Bundestag**

Datum: 19.09.2019

Der Bedarf einer Rechtsgrundlage für die umfassende Veröffentlichung aller im Standortauswahl-  
verfahren relevanten geologischen Daten war bereits bei Inkrafttreten des novellierten Gesetzes  
zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle (Standortaus-  
wahlgesetz - StandAG) im Mai 2017 bekannt. Schon 2016 hatte das Bundesministerium für  
Wirtschaft und Energie (BMWi) der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe („Endlager-  
kommission“) ein umgehendes Gesetzgebungsverfahren für ein Geowissenschaftsdatengesetz,  
heute: Geologiedatengesetz (GeolDG) zugesagt. Im Koalitionsvertrag von 2018 wurde eine „rasche  
Verabschiedung“ dieses Gesetzes angekündigt. Das Nationale Begleitgremium (NBG) hat am 2.  
Februar 2019 in Berlin eine öffentliche Veranstaltung zu Geologiedaten und zum geplanten GeolDG  
unter dem Titel „Geologische Daten im Brennpunkt: Transparenz als Voraussetzung für ein erfolg-  
reiches Standortauswahlverfahren“ ([Programm](#)) durchgeführt. Ein Gesetzentwurf lag damals noch  
nicht vor. Das zuständige Referat des BMWi präsentierte jedoch einen Zwischenstand. Die Reso-  
nanz zur Veranstaltung vom 2. Februar 2019 hat den Bedarf an einer soliden,  
verfassungskonformen Rechtsgrundlage für die Veröffentlichung der geologischen Daten gezeigt.  
Aufgabe des Nationalen Begleitgremiums ist gemäß § 8 Abs. 1 S. 1 StandAG die vermittelnde und  
unabhängige Begleitung des Standortauswahlverfahrens mit dem Ziel, so Vertrauen in die Verfah-  
rendurchführung zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund hat das Gremium am 12. März 2019  
seine Empfehlungen zu Geologiedaten und zum geplanten Geologiedatengesetz an den Deutschen  
Bundestag übermittelt. Einige davon wurden in dem nun vorliegenden Referentenentwurf GeolDG  
umgesetzt wie z. B. Spezialregelungen für das Standortauswahlverfahren, und dass die Ansprüche  
auf Zugang zu geologischen Daten nach dem Umweltinformationsgesetz (UIG), dem Geodatenzu-  
gangsgesetz (GeoZG) und den entsprechenden landesrechtlichen Regelungen unberührt bleiben.  
Mit großer Sorge sieht das NBG allerdings, dass dem in § 1 Abs. 2 StandAG verankerten Transpa-  
renzgebot des Standortauswahlverfahrens nicht ausreichend Rechnung getragen wird.

**Daher gibt das NBG dem Deutschen Bundestag gemäß § 8 Abs. 1 S. 3 StandAG folgende  
Empfehlungen:**

#### **Der Deutsche Bundestag möge**

- 1. dem GeolDG eine so hohe Priorität einräumen, dass es noch in diesem Jahr verab-  
schiedet wird und in Kraft tritt.**
- 2. dem Transparenzgebot des StandAG Rechnung tragen und im GeolDG eine gesetzli-  
che Grundlage dafür schaffen, dass im Standortauswahlverfahren alle für die  
Standortauswahl relevanten geologischen Daten unverzüglich und auf jeden Fall  
noch vor Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete von der BGE und dem  
BfE öffentlich bereitgestellt werden können.**

- 3. die öffentliche Bereitstellung aller für die Standortauswahl relevanten geologischen Daten (also auch der Fach- und Bewertungsdaten) als Regelfall festlegen.**
- 4. nur für den Einzelfall eine Ausnahme von dem Regelfall der öffentlichen Bereitstellung aller für die Standortauswahl relevanten geologischen Daten zulassen, dass ein überwiegendes privates Interesse vom Rechteinhaber geltend gemacht und nachgewiesen wird.**
- 5. prüfen, ob und in welcher Weise in einem solchen Ausnahmefall ein vereidigtes Vertrauensgremium/ vereidigte Vertrauenspersonen zur Kontrolle der Auswertung dieser geologischen Daten im Standortauswahlverfahren eingesetzt werden kann/ können.**
- 6. sich für die Bereitstellung finanzieller Mittel einsetzen, um die erforderliche Digitalisierung, Kategorisierung und Prüfung der geologischen Daten zu ermöglichen und unterstützen.**
- 7. insgesamt der Schaffung guter Voraussetzungen für das gesamte Standortauswahlverfahren hohe Priorität einräumen.**

#### **Erläuterungen:**

- 1. Der Deutsche Bundestag möge dem GeolDG eine so hohe Priorität einräumen, dass es noch in diesem Jahr verabschiedet wird und in Kraft tritt.**

Das NBG empfiehlt dem Deutschen Bundestag, sich für eine zügige Verabschiedung des GeolDG einzusetzen, so dass es noch in diesem Jahr in Kraft treten kann. Es sollte alles dafür getan werden, weitere Verzögerungen zu verhindern, denn diese könnten Zweifel an der glaubwürdigen Durchführbarkeit des nach § 1 Abs. 2 StandAG partizipativen, wissenschaftsbasierten, transparenten, selbsthinterfragenden und lernenden Standortauswahlverfahrens aufkommen lassen. Glaubwürdigkeit ist eine Grundvoraussetzung für Vertrauen in die Verfahrensdurchführung. Dieses Vertrauen soll das NBG gemäß § 8 Abs. 1 S. 1 StandAG bei seiner vermittelnden und unabhängigen Begleitung des Suchprozesses ermöglichen. Eine umgehende Verabschiedung des GeolDG durch den Deutschen Bundestag ist außerdem unerlässlich, um den Konflikt zwischen Privat- und Gemeinwohlinteressen in Bezug auf die Veröffentlichung von geologischen Daten im Standortauswahlverfahren noch im Stadium der „weißen Landkarte“, also vor Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete durch die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) nach § 13 Abs. 2 StandAG zu lösen.

- 2. Der Deutsche Bundestag möge dem Transparenzgebot des StandAG Rechnung tragen und im GeolDG eine gesetzliche Grundlage dafür schaffen, dass im Standortauswahlverfahren alle für die Standortauswahl relevanten geologischen Daten unverzüglich und auf jeden Fall noch vor Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete von der BGE und dem BfE öffentlich bereitgestellt werden können.**

Um den Aufbau von Vertrauen der Bürger\*innen in die vom Gesetzgeber in § 1 Abs. 2 StandAG geforderte transparente Durchführung des Standortauswahlverfahrens zu ermöglichen, ist es erforderlich, dass bereits vor der Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete, der für das dritte Quartal 2020 geplant ist, alle für die Auswahl entscheidungserheblichen geologischen Daten öffentlich bereitgestellt werden können. Es besteht ein überwiegendes öffentliches Interesse an der öffentlichen Bereitstellung dieser geologischen Daten noch vor der Veröffentlichung des Zwischenberichts. Nur bei einer umfassenden Transparenz ist eine Nachvollziehbarkeit des Auswahlprozesses der BGE möglich und kann das erforderliche Vertrauen der Bürger\*innen in ein

insbesondere transparentes und wissenschaftsbasiertes Standortauswahlverfahren entstehen, in dem für die in Deutschland verursachten hochradioaktiven Abfälle ein Standort mit der bestmöglichen Sicherheit für eine Anlage zur Endlagerung ermittelt werden soll. Dieses Vertrauen ist auch essentiell für den gemäß § 5 Abs. 1 S. 1 StandAG angestrebten breiten gesellschaftlichen Konsens.

### **3. Der Deutsche Bundestag möge die öffentliche Bereitstellung aller für die Standortauswahl relevanten geologischen Daten (also auch der Fach- und Bewertungsdaten) als Regelfall festlegen.**

Der Referentenentwurf GeolDG sieht eine Unterscheidung zwischen staatlichen und nichtstaatlichen geologischen Daten, deren jeweilige Einteilung in drei Kategorien, und in Kapitel 4 eine an diese Unterscheidung und Kategorisierung anknüpfende Frist für die öffentliche Bereitstellung vor:

Staatliche/ nichtstaatliche Nachweisdaten (also gemäß § 3 Abs. 3 Nr. 1 Entwurf GeolDG die Daten, die geologische Untersuchungen persönlich, örtlich, zeitlich und allgemein inhaltlich zuordnen) werden demnach unverzüglich/ spätestens 3 Monate nach Ablauf der Frist zur Datenübermittlung öffentlich bereitgestellt.

Staatliche/ nichtstaatliche Fachdaten (das sind gemäß § 3 Abs. 3 Nr. 2 Entwurf GeolDG die Daten, die mittels Messungen und Aufnahmen gewonnen und mit Hilfe von am Markt verfügbaren technischen Mitteln in vergleichbare und bewertungsfähige Daten aufbereitet wurden) sind spätestens 6 Monate nach Abschluss der Untersuchungen/ fünf Jahre nach Ablauf der Übermittlungsfrist öffentlich bereit zu stellen. Bei nichtstaatlichen Fachdaten, die auf Grund einer Bergbauberichtigung oder anderer Untersuchungen zur Gewinnung von Bodenschätzen erhoben wurden, gilt eine Frist von 10 Jahren nach Ablauf der Übermittlungsfrist.

Staatliche Bewertungsdaten (also gemäß § 3 Abs. 3 Nr. 3 Entwurf GeolDG die Daten, die Analysen, Einschätzungen und Schlussfolgerungen zu Fachdaten beinhalten, insbesondere in Form von Gutachten oder räumlichen Modellen) sind spätestens 6 Monate nach Abschluss der Untersuchungen öffentlich bereitzustellen. Für nachträglich angeforderte nichtstaatliche Fachdaten und nichtstaatliche Bewertungsdaten ist keine öffentliche Bereitstellung vorgesehen.

Zu diesen Vorschriften gibt es jedoch eine Spezialregelung, die unter bestimmten Voraussetzungen zum einen eine Verkürzung der abgestuften Fristen für die öffentliche Bereitstellung nichtstaatlicher Fachdaten ermöglicht und zum anderen eine Ausnahme von dem Grundsatz zulässt, dass nachträglich angeforderte nichtstaatliche Fachdaten und nichtstaatliche Bewertungsdaten nicht öffentlich bereitgestellt werden.

Diese Spezialregelung des § 34 Entwurf GeolDG ist gut, trägt dem Transparenzgebot des Standortauswahlverfahrens aber leider noch nicht ausreichend Rechnung: Vorausgesetzt wird nach dem aktuellen Entwurf, dass die öffentliche Bereitstellung der geologischen Daten für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist und dass das öffentliche Interesse an der öffentlichen Bereitstellung gegenüber dem privaten Interesse des Rechteinhabers überwiegt. Erforderlich ist also letztendlich eine Einzelfallabwägung zwischen dem privaten Interesse des Rechteinhabers und dem öffentlichen Interesse an der Transparenz des Standortauswahlverfahrens. Diese Abwägung wird nicht durch das Gesetz vorgenommen, sondern muss gemäß § 34 Abs. 5 Entwurf GeolDG durch die BGE / das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) erfolgen.

Bei der öffentlichen Veranstaltung des NBG am 2. Februar 2019 zu Geologiedaten und zum geplanten GeolDG in Berlin schätzten der/ die Vertreter\*in aus dem zuständigen Referat des BMWi, dass mit der im Gesetz vorgesehenen Fristenlösung 90 bis 95 Prozent der geologischen Daten unmittelbar frei zur Veröffentlichung würden. Für die restlichen Daten sei eine Einzelfallabwägung erforderlich.



Eine solche Abwägung in jedem Einzelfall wird voraussichtlich weitere personelle Ressourcen erfordern und viel Zeit beanspruchen, insbesondere weil in § 34 Abs. 4 Entwurf GeolDG zudem eine Pflicht zur vorherigen Anhörung der Rechteinhaber vorgesehen ist. Eine erhebliche Verzögerung der öffentlichen Bereitstellung aller für die Ermittlung der Teilgebiete entscheidungsrelevanten geologischen Daten erscheint daher nicht unwahrscheinlich.

Die Vermutungsregelung in § 34 Abs. 3 Entwurf GeolDG bietet nach Ansicht des NBG keine akzeptable Lösung für dieses Problem. Nach dieser Regelung ist für staatliche 3D-Modelle des Untergrunds, die über nichtstaatliche Fachdaten oder Bewertungsdaten Aufschluss geben könnten, davon auszugehen, dass die Voraussetzungen für die Rechtmäßigkeit ihrer öffentlichen Bereitstellung vorliegen. Das Nationale Begleitgremium räumt der Pflicht zur Transparenz und zum Aufbau von Vertrauen in die Suche nach einem Endlager höchste Priorität ein. Nur so wird es möglich sein, die Standortsuche auf eine friedliche und erfolgversprechende Weise durchzuführen.

Zu diesem Zweck ist eine andere, dem Erfordernis der Transparenz und der Praktikabilität angesichts der zeitlichen Herausforderungen gerecht werdende Neuregelung des § 34 unerlässlich. Es reicht nicht, dass Bürger\*innen lediglich die in einem 3D-Modell fertig aufbereiteten und für die Endlagersuche interpretierten geologischen Daten einsehen können.

Vielmehr muss die öffentliche Bereitstellung aller für die Standortauswahl entscheidungserheblichen Nachweis-, Fach- und Bewertungsdaten durch die BGE und das insbesondere für die umfassende Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 6 StandAG zuständige BfE der Regelfall sein. Eine solche dem Transparenzgebot des Standortauswahlverfahrens gerecht werdende Grundsatzregelung sollte in dem zu überarbeitenden § 34 GeolDG getroffen werden.

#### **4. Der Deutsche Bundestag möge nur für den Einzelfall eine Ausnahme von dem Regelfall der öffentlichen Bereitstellung aller für die Standortauswahl relevanten geologischen Daten zulassen, dass ein überwiegendes privates Interesse vom Rechteinhaber geltend gemacht und nachgewiesen wird.**

Nur unter der Voraussetzung, dass das Bestehen eines im Einzelfall gegenüber dem öffentlichen Interesse an der Transparenz des Standortauswahlverfahrens überwiegendes privates Interesse vom Rechteinhaber geltend gemacht und auch nachgewiesen werden kann, ist eine Ausnahme von der grundsätzlichen Bereitstellung aller für die Standortauswahl entscheidungsrelevanten geologischen Daten zuzulassen.

Zur Begründung wird auf Art. 4 und 5 des am 25. Juni 1998 unterzeichneten Übereinkommens über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (Aarhus Konvention) sowie Art. 3 und 4 der Richtlinie 2003/4/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2003 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen (Umweltinformationsrichtlinie), welche insbesondere in den §§ 3 ff. des Umweltinformationsgesetzes vom 27. Oktober 2014 (UIG) umgesetzt worden sind, hingewiesen.

Umweltinformationen sind nach § 2 Abs. 3 UIG unabhängig von der Art ihrer Speicherung alle Daten über den Zustand von Umweltbestandteilen wie u. a. Boden, Landschaft und natürliche Lebensräume. Da geologische Daten Informationen über den Boden, die Landschaft oder natürliche Lebensräume enthalten, fallen sie unter den Begriff der „Umweltinformationen“.

Im Hinblick auf den Schutz von privaten Rechten an Umweltinformationen ist in Art. 4 Abs. 2 der Umweltinformationsrichtlinie sowie in § 9 UIG klar geregelt, dass ein Antrag von Personen auf Zugang zu solchen Umweltinformationen, an denen nachweislich entsprechende geschützte private

Rechte bestehen (wie z. B. Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, geistiges Eigentum) NICHT abgelehnt werden darf, wenn das öffentliche Interesse an der Bekanntgabe überwiegt. Daraus folgt im Umkehrschluss, dass nur dann, wenn das Bestehen eines im Einzelfall gegenüber dem öffentlichen Interesse überwiegendes privates Interesse vom Rechteinhaber geltend gemacht und auch nachgewiesen werden kann, der Zugang zu Umweltinformationen abgelehnt werden darf. Hinter diesen Vorgaben, die den Anspruch von Bürger\*innen auf freien Zugang zu Umweltinformationen gewährleisten, darf das GeolDG nicht zurückbleiben.

**5. Der Deutsche Bundestag möge prüfen, ob und in welcher Weise in einem solchen Ausnahmefall ein vereidigtes Vertrauensgremium/ vereidigte Vertrauenspersonen zur Kontrolle der Auswertung dieser geologischen Daten im Standortauswahlverfahren eingesetzt werden kann/ können.**

Das NBG drängt darauf, einen Weg zu finden, damit auch diese im Ausnahmefall geschützten Daten eingesehen und deren Auswertung im Standortauswahlverfahren durch die Vorhabenträgerin BGE auf Antrag kontrolliert werden können. Hierzu könnte(n) ein unabhängiges vereidigtes Vertrauensgremium oder vereidigte Vertrauenspersonen eingesetzt werden.

**6. Der Deutsche Bundestag möge sich für die Bereitstellung finanzieller Mittel einsetzen, um die erforderliche Digitalisierung, Kategorisierung und Prüfung der geologischen Daten zu ermöglichen und unterstützen.**

Der Gesetzentwurf sieht in § 5 Abs. 2 eine Digitalisierungspflicht für neue Daten und eine Sollvorschrift zur Digitalisierung von analogen Daten vor. Gemäß § 33 Abs. 5 Entwurf GeolDG entscheidet die für den Vollzug des GeolDG zuständige Behörde, die geologische Daten für die Zwecke der Standortauswahl zur Verfügung stellt, zudem über die Kategorisierung dieser Daten in Nachweis-, Fach- oder Bewertungsdaten und prüft etwaige Gründe für die Beschränkung der öffentlichen Bereitstellung nach den §§ 31 und 32 Entwurf GeolDG (Schutz öffentlicher und sonstiger Belange, insbesondere bei Vorliegen von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen und/ oder geistigen Eigentums). Das Ergebnis der Entscheidung und Prüfung ist grundsätzlich mit der Zurverfügungstellung der geologischen Daten zu übermitteln. Für geologische Daten, die der BGE bereits übermittelt worden sind, ist vorgesehen, dass das Ergebnis dieser Entscheidung und Prüfung innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des GeolDG nachgereicht wird. Um diese Prozesse der Digitalisierung, Kategorisierung und Prüfung von geologischen Daten bestmöglich zu unterstützen, werden weiter gehende Maßnahmen, insbesondere die Bereitstellung finanzieller Mittel erforderlich sein.

**7. Der Deutsche Bundestag möge insgesamt der Schaffung guter Voraussetzungen für das gesamte Standortauswahlverfahren hohe Priorität einräumen.**

Das NBG hat Sorge, dass jede weitere Verzögerung bei der Verabschiedung des GeolDG als ein Symptom für ein mangelndes Interesse am Standortauswahlverfahren insgesamt verstanden werden könnte. Jede in der aktuellen ersten Phase ausbleibende Anstrengung für das gesetzlich vorgeschriebene partizipative, wissenschaftsbasierte, transparente, selbsthinterfragende und lernende Verfahren könnte sich als Versäumnis herausstellen, das sich später nur schwer wieder korrigieren lässt. Daher ist es wichtig, aktiv den Aufbau weiterer fachlicher Kompetenzen insbesondere in den Fraktionen und Ausschüssen zu befördern und das Gelingen des Standortauswahlverfahrens mit den Mitteln, die dem Bundestag zur Verfügung stehen, wie z. B. Anhörungen, kontinuierlich im Fokus zu behalten.